

Flüchtlingskrise

Schlaflose Nächte nach Erlebnissen auf der Flucht

Hannover (dpa). Zwischen 20 000 und 30 000 junge Flüchtlinge treffen Schätzungen zufolge in diesem Jahr ohne ihre Eltern in Deutschland ein. Für sie zuständig sind die Jugendämter jener Städte, in denen die Jungen und Mädchen ankommen.

Am Freitag befassten sich Bundestag und Bundesrat mit einem Gesetzentwurf zur besseren Versorgung und Betreuung dieser Kinder. In Deutschland sind sie endlich in Sicherheit, viele leiden jedoch unter traumatischen Kriegserlebnissen und der Trennung von ihren Familien. Vier Jugendliche, die jetzt in Hannover zur Schule gehen, erzählen. **Jodi (15) aus Syrien:** „Ich bin mit zwei Cousins vor dem Krieg geflohen, durch die Berge in die Türkei. Wir sind an der Grenze in den Stacheldraht gefallen, alles

hat geblutet.“ Schlepper brachten sie von Istanbul in den Laderaum eines Frachtschiffes. Fünf Tage ohne Essen, nur mit Wasser. „Ich konnte kaum atmen, es war so stickig.“ In einem Bus ging es weiter nach Hannover, wo das Jugendamt Jodi in Obhut nahm. Der 15-Jährige hat Angst um seine Eltern und seine drei jüngeren Brüder. Seit der Flucht vor einem Jahr hat er von ihnen nichts mehr gehört. In seiner Heimatstadt Al-Kamischli gab es Explosionen. „Wir Kurden werden von der IS enthauptet“, sagt er.

Jodi hofft, seine Familie nach Deutschland holen zu können. „Ich kann nächtelang nicht schlafen und schlecht lernen.“ In Syrien war er ein sehr guter Schüler und Fußballspieler. „Jetzt ist der Fußballplatz in meiner Stadt zerstört, gar nichts ist geblieben. Deshalb wollten meine Eltern

auch, dass ich die Flucht versuche.“

Sikran (14) aus dem Irak: „Es gibt keine Zukunft in meiner Heimat, deshalb bin ich hierher gekommen.“ Dem Jungen aus einem Dorf in der Nähe von Mosul, einer Hochburg der Terrormiliz Islamischer Staat (IS), gelang die Flucht vor einem halben Jahr zusammen mit Verwandten. Seine Eltern und vier jüngere Geschwister ließ er zurück, sie sollen aber nachkommen. Allein 23 Stunden dauerte die Fahrt bis in die Türkei, danach ging es im Bus weiter bis nach Deutschland. „Ich möchte Deutsch lernen und an einer Uni Architektur studieren“, sagt Sikran. Einmal die Woche telefoniert er über das Internet mit seiner Familie. Das ist nur möglich, wenn die Eltern zum Markt in einen größeren Ort fahren.



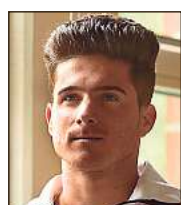
Allein in der Fremde: Dieser Junge will sich nicht zeigen.



Sikran träumt davon, einmal Architektur zu studieren.



Merhawi erlebte die Erschießung von vier Freunden mit.



Rasheed ist seinem Bruder nach Deutschland gefolgt.



Weil so viele Schutzsuchende ins Land kommen, müssen oft Provisorien als Unterkünfte herhalten, wie das Foyer der Dreiländerhalle in Passau (Bayern/Bild), Turnhallen, Zelte oder Containerdörfer.

Technik erleichtert Kommunikation

Berlin (dpa). Mit Hilfe internetbasierter Übersetzungsprogramme soll die Kommunikation für Hilfsorganisationen und Flüchtlingen einfacher werden. Google rufft Menschen derzeit weltweit auf, mit ihren Sprachkenntnissen zu helfen und den Wortschatz seiner Übersetzungssoftware auszubauen. In Deutschland soll eine Smartphone-App einen Beitrag leisten: Mit Hilfe einer automatischen Übersetzungsfunktion soll der kostenlose Messenger „SpeakFree“ der Vermittlung zwischen Hilfsorganisationen und Asylsuchenden dienen. „Flüchtlinge können Nachrichten in ihrer Sprache lesen und antworten. Bei den Organisationen kommt der Text auf deutsch an – oder umgekehrt“, sagte eine Sprecherin.

Hintergrund

Der Bund beteiligt sich künftig dauerhaft an den Kosten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Dazu übernimmt er vom 1. Januar 2016 an einen Teil der Asylkosten.

Den Ländern werden pro Monat und Asylbewerber 670 Euro erstattet. Das Geld fließt von der Registrierung bis zum Abschluss des Asylverfahrens. Der endgültige Betrag orientiert sich an der Dauer der Asylverfahren und der Zahl der Flüchtlinge. Es sind die monatlichen Kosten der Länder und Kommunen je Leistungsbezieher nach dem „Asylbewerberleistungsgesetz“. Die Ausgaben betragen im Jahr 2014 rund 2,36 Milliarden Euro. Da nur eine stichtagsbezogene Erfassung der Leistungsberechtigten zum Jahresende erfolgt, müssen Annahmen getroffen werden, wie sich diese Empfänger über das Jahr verteilen. Setzt man Jahresdurchschnittswerte in Beziehung zu den Gesamtkosten, ergeben sich monatliche Ausgaben von jeweils rund 670 Euro. (dpa)



Die Anzahl der Kinder auf der Flucht nach Europa hat sich laut UN-Angaben in den vergangenen Monaten dramatisch um 80 Prozent erhöht. Von Januar bis Ende Juli hätten 133 000 Minderjährige in Europa Asylanträge gestellt.

„Vier wurden erschossen“

Merhawi (18) aus Eritrea: „Meine Flucht begann ich mit 14 Jahren mit sechs Kumpeln, vier von uns wurden gleich von der Armee erschossen.“ Fast ein Jahr arbeitete der Junge auf dem Bau in Äthiopien, später saß er monatelang im Sudan und in Libyen im Gefängnis, wie er auf Deutsch erzählt. Die Gefängnisleute hätten seinem Vater gedroht, den Jungen zu töten, falls er kein Geld überweist. Merhawi erzählt von Schlägen und Hinrichtungen nachts am Strand. Alle Christen sollten getötet werden, er habe sich als Moslem ausgegeben. Im Frühjahr 2014 kam er in Hannover an: „Hier ist Sicherheit, ich will nie zurück. Meine Mutter rufe ich nicht mehr an, danach

geht es mir sehr schlecht.“ Merhawi will nun den Hauptschulabschluss machen und absolviert ein Praktikum in einer Autowerkstatt.

Rasheed (17) aus dem Irak: „Im Irak und in Syrien haben Christen und Jesiden kein Leben. Wir haben keine Chance, ein Geschäft zu eröffnen.“ Der 17-Jährige flüchtete vor neun Monaten allein nach Deutschland, wo sein älterer Bruder bereits seit sieben Jahren lebt. Seinen Vater konnte er nachholen, die Mutter aus Kostengründen noch nicht. Der Bruder hat einen Frisørsalon. Was ihm an Deutschland gefällt? „Hier wird nicht gefragt: Bist du Moslem? Bist du Jeside? Bist du Christ? Und: Keiner tötet.“ (dpa)

Kinderbild bewegt Polizeibeamte

Passau (dpa). Ein Flüchtlingskind aus Syrien hat bei der Bundespolizei in Passau ein schockierendes Bild gemalt. Die Zeichnung zeigt zum einen die brutalen Zustände im Heimatland und zum anderen das Leben in Deutschland. Unter der syrischen Flagge ist ein zerstörtes Haus zu sehen, aus dem Hinterhalt wird geschossen und ein Kind mit einem abgerissenen Fuß läuft an Krücken.

Unter der deutschen Flagge stehen Menschen mit Koffern. Die deutsche Fahne und das Wort Polizei sind jeweils von roten Herzen umrahmt. „Wie das Kind die beiden Welten sieht, ist schon schwer beeindruckend“, sagte der Sprecher Bundespolizeiinspektion Freyung, Thomas Schweikl.



Eine besondere Wirkung entfaltete dieses Bild bei der Polizei. „Dass das Kind auch die Polizei mit einem roten Herzen gemalt hat, berührt die Kollegen und gibt ihnen eine weitere Motivation für die Arbeit“, sagte ein Polizeisprecher am Freitag. Bilder: dpa

NRW glaubt an Entlastungen

Düsseldorf/Kreis Warendorf/Kreis Gütersloh (dpa). Nach dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern rechnen die NRW-Regierung und die Kommunen mit einer spürbaren finanziellen Entlastung bei der Unterbringung von Asylbewerbern. „Das Wichtigste ist, dass der Bund sich verpflichtet hat, die Verfahren zu beschleunigen. Das ist ja der Flaschenhals, unter dem Länder, Kommunen und die Flüchtlinge selbst leiden“, sagte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Freitag.

Kommunen und Länder klagen seit Wochen darüber, dass das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge viel zu lange brauche, um zu entscheiden, welche Flüchtlinge in Deutschland

bleiben dürfen. In dieser Zeit müssen die Kommunen die Menschen unterbringen.

Kraft ist überzeugt, dass der Bund die Verfahren tatsächlich beschleunigen werde, auch aus eigenem finanziellen Interesse. Weil der Bund in Zukunft Geld für jeden betreuten Flüchtling zahle, werde es für ihn immer teurer, je länger ein Asylverfahren dauere. Pro Monat sollen der Vereinbarung zufolge ab dem kommenden Jahr je Flüchtling 670 Euro vom Bund an die Länder fließen.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Kreis Warendorf, Reinhold Sendker, lobte den Systemwechsel zu einer festen Kostenersatzpauschale als „kommunalfreundlich“. „Dieses

Geld wird die Lage der Kommunalhaushalte entspannen“, erklärte auch Bernhard Daldrup, SPD-Bundestagsmitglied aus Sendenhorst. **Der Vize-Fraktionschef der CDU im NRW-Landtag, André Kuper aus Rietberg, forderte die rot-grüne Landesregierung auf, den Kommunen nun die gesamten Ausgaben für die Flüchtlingsunterbringung zu erstatten.**

Auch der Städte- und Gemeindebund NRW sieht schnellere Prüfverfahren als wichtigen Schritt. In jedem Fall müsse die Landesregierung das Geld des Bundes nun zu 100 Prozent an die Kommunen weiterleiten, forderten die Vertreter von Städten und Gemeinden.

Auftritt vor UN

Papst kritisiert Umweltzerstörung

New York (dpa). Papst Franziskus hat vor einer Zerstörung der Umwelt gewarnt und die Ungerechtigkeit in der Welt angeprangert. „Jede Schädigung der Umwelt ist eine Schädigung der Menschheit“, sagte das katholische Kirchenoberhaupt am Freitag vor der UN-Vollversammlung in New York. Jeder Mensch habe ein Recht auf Leben, was einem „Existenzrecht der menschlichen Natur selbst“ entspreche. Die heutige „Wegwerfkultur“ treffe die Ärmsten der Welt am härtesten. Um Hunger und extreme Armut auf der Erde zu beseitigen, müssten die Regierungen der Welt „unverzügliche Maßnahmen“ ergreifen.

Generalversammlung der Vereinten Nationen

Merkel: Ursachen von Flucht und Vertreibung beseitigen

New York (dpa). Die Weltgemeinschaft muss nach Worten von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Ursachen der Flucht aus ärmeren Ländern bekämpfen. „Millionen sehen sich zur Flucht gezwungen, durch Krieg und Vertreibung und durch mangelnde Zukunftsperspektiven und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage“, sagte

Merkel am Freitag vor der UN-Vollversammlung in New York. „Es gibt dafür nur eine Lösung: Wir müssen die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen.“

Merkel sprach auf dem UN-Gipfel zu den sogenannten Nachhaltigkeitszielen, mit denen bis 2030 Hunger und extreme Armut beseitigt werden sollten. „Die Agenda

2030 ist das richtige Mittel“, um Fluchtursachen anzugehen. „Die Weichen sind gestellt“, sagte Merkel. Jetzt müssen wir daran arbeiten; regional, national und global.“ Die 17 Nachhaltigkeitsziele sollen vor allem den Ärmsten der Welt helfen. Bis 2030 sollen extreme Armut und Hunger auf der Welt beseitigt werden. Es geht aber auch da-

rum, die Wirtschaften auch der entwickelten Länder umweltschonend und klimafreundlich zu machen.

„Deutschland steht zur Verpflichtung, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe einzusetzen“, versicherte die Bundeskanzlerin. „Unser Etat für Entwicklungshilfe wird in den nächsten Jahren jedes Jahr sub-

stanziell steigen“, sagte sie.

Greenpeace begrüßte die Rede zwar, zeigte sich aber skeptisch. „Merkels zukunftsweisende Rede wird erst glaubwürdig, wenn sie in Deutschland Ernst macht und den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle einleitet“, sagte Karsten Smid von der Umweltschutzorganisation.

Pressestimme

„Allein dass die Schweizer Behörden ermitteln, die Blätter bisher mit Samthandschuhen angefasst haben, zeigt das ganze Ausmaß der Affäre. Externe Ermittler und die zuständigen Behörden stehen jetzt vor einer Herkulesaufgabe. (...) Dem geplagten Fußball-Fan wäre schon geholfen, wenn die verbrecherischen Funktionäre verschwinden.“

„Märkische Oderzeitung“ (Frankfurt/Oder) zu Ermittlungen gegen Fifa-Chef Blatter.

Katalonien

Befürworter der Abspaltung erwarten durch Wahl Rückenwind

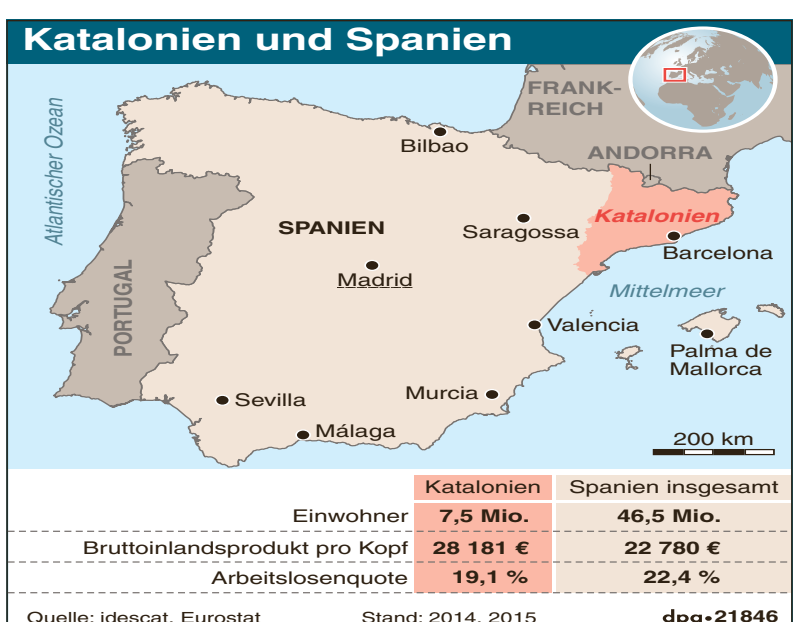
Barcelona (dpa). Wenn es nach dem katalanischen Regierungschef Artur Mas geht, soll Barcelona künftig nicht mehr zu Spanien gehören. Die Mittelmeermetropole soll demnach die Hauptstadt eines unabhängigen Staates Katalonien werden. Wenn Mas und sein separatistisches Bündnis „Junts pel Sí“ (Gemeinsam fürs Ja) die vorgezogene Regionalwahl am Sonntag gewinnen, wollen sie eine Abspaltung der Region von Spanien einleiten.

Ihr Unabhängigkeitsplan gilt als die größte Herausforderung für den spanischen Staat in der jüngeren Geschichte des Landes. Die spanische Zentralregierung will eine Abspaltung der wirt-

schaftsstärksten Region des Landes nicht zulassen. „Das wird nicht passieren, unter keinen Umständen“, kündigte Ministerpräsident Mariano Rajoy an.

Nach Umfragen kann das Separatistenbündnis auf einen klaren Wahlsieg hoffen. Zum Erringen einer absoluten Mehrheit könnte es allerdings auf die Unterstützung der linken Partei CUP (Kandidatur der Volkseinheit) angewiesen sein. Die CUP hatte sich dem Bündnis nicht angeschlossen, weil sie in ihren separatistischen Forderungen noch radikaler ist. Den prospanischen Parteien der Sozialisten (PSC) und der Konservativen (PPC) drohen deutliche Stimmverluste.

Die Umfrageergebnisse sind verblüffend, wenn man bedenkt, dass die Katalanen seit Wochen von verschiedenen Stellen davor gewarnt werden, dass eine Abspaltung von Spanien ein wahres Schreckensszenario zur Folge hätte. EU-Politiker wiesen darauf hin, dass ein unabhängiges Katalonien automatisch aus der EU und der Euro-Zone ausscheiden müsste. Experten sagten im Falle einer Abspaltung erhebliche ökonomische Einbußen für die Wirtschaft in Katalonien voraus. Spaniens Sportbehörde CSD betonte, die Fußballer des FC Barcelona könnten bei einer Unabhängigkeit Kataloniens nicht mehr in der spanischen Liga spielen. **H. Kahl**



Wirtschaftlich gilt Katalonien als stärkste Region Spaniens. Eine Abspaltung würde den südeuropäischen Staat hart treffen.